

**Sitzung des Fachausschusses „Inneres, Soziales, Gesundheit und Senioren des
Stadtteilbeirates Gröpelingen am 02.11.2016**

Protokoll

Sitzungsort: Ortsamt West, Waller Heerstr. 99, 28219 Bremen **Soziales Nr.:** XII/07/16

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr **Ende der Sitzung:** 20:00 Uhr

Anwesend sind für den FA „Inneres und Soziales“:

Frau Anne Hölting	Bd. 90/Grüne	Herr Adedipo Ogunyena	SPD
Herr Norbert Holzapfel	CDU	Frau Kristina-Michaela Kruse	FDP
Frau Gabriela Grosch	SPD		

An der Teilnahme sind verhindert:

Frau Marion Bonk	Die linke
Herr Pierre Doutiné	SPD
Frau Gisela Roos	BIW

Als Gäste können begrüßt werden:

Herr Dr. Andreas Weichert / Seniorenvertretung Bremen
Herr Jonas Pot d'Or / Innere Mission Bremen

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/05/16 v. 24.08.2016

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

TOP 3: Entwicklung des Unterstandes am Depot
dazu: Herr Jonas Pot d'Or / Innere Mission Bremen

TOP 4: Arbeit der Senioren-Vertretung für den Stadtteil
dazu: Herr Dr. Andreas Weichert / Senioren-Vertretung Bremen

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

TOP 1 : Genehmigung des Protokolls Nr. XII/05/16 v. 24.08.2016 (Soziales)

Das vorgenannte Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Entwicklung des Unterstandes am Depot

Vorweg bedankt sich Herr Pot d'Or für den ergänzenden Globalmittelzuschuss in 2016 zum Ausbau des Unterstandes an der Stapelfeldtstr./Debstedter Str. und skizziert die Entwicklung des Projektes. Dieses Geld soll für die Begrünung des Unterstandes, sowie für die Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten eingesetzt werden.

Insgesamt lässt sich eine positive Bilanz ziehen, da der Unterstand gut angenommen wird und vielen randständigen Personen die Möglichkeit bietet, Kontakte zu knüpfen und sich auszutauschen.

In Absprache mit der ENO wird derzeit noch die Frequenz der wöchentlichen unentgeltlichen Müllentsorgung geklärt. Eine mobile Toilettenanlage (sog. „Dixie-Klo“) besteht am rückwärtigen Zugang zum Gröpelinger Friedhof und ist mit einer monatlichen Mietzahlung von rd. 100,00 belastet.

TOP 4: Arbeit der Senioren-Vertretung für den Stadtteil

Herr Dr. Weichelt stellt in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender die Arbeit der Senioren-Vertretung Bremen vor.

Das Gremium vertritt im Lande Bremen die Interessen von rd. 170.000 Menschen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Der Anzahl von „potentiellen „KlientInnen“ entspricht die Heterogenität der Anliegen, die tagtäglich in der Geschäftsstelle auflaufen.

Die Senioren-Vertretung selbst ist seit 2003 per Senatsbeschluss abgesichert und als Gesellschaft öffentlichen Rechts organisiert. Deren Vorstand setzt sich aus 9 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern zusammen, die durch eine Bürokräft unterstützt werden, welche wiederum durch die Senatorin für Soziales finanziert wird.

Herr Dr. Weichelt betont, dass die Senioren-Vertretung damit in der personellen und finanziellen Ausstattung den Flächenländern gegenüber deutlich benachteiligt ist.

Zu den hauptsächlichen Aufgaben zählt neben rechtlicher und lebenspraktischer Beratung die Sammlung von konkreten Anliegen und Beschwerden, sowie Informationen mit Seniorenbezug und deren Weiterleitung an die fachlich zuständigen Behörden bzw. an die Bürgerschaft, um benannte Regelungsbedarfe einer Lösung im Interesse der älteren Menschen in Bremen zuzuführen.

Aber auch ganz lebenspraktische Dienstleistungen werden bereitgestellt, beispielsweise in Gestalt von Assistenzen für die Betätigung von Fahrkartenautomaten bei der Bahn bzw. Zahlautomaten bei der Bank.

Für die Aufgabenerfüllung wurden 4 Arbeitskreise eingerichtet, deren Augenmerk sich auf die Öffentlichkeitsarbeit, Bau und Wohnen (hier insbesondere die Durchsetzung von Barrierefreiheit), Politik und Soziales, sowie Gesundheit und Pflege richtet.

In der Zusammenarbeit mit den Beiräten besteht das Bestreben, grundsätzliche seniorenpolitische Prozesse anzustoßen, umgekehrt aber auch Informationen aus den Beiratsgebieten entgegenzunehmen und in die Seniorenarbeit einzuspeisen.

Die Betreuung von SeniorInnen mit Migrationshintergrund ist den Angaben von Herrn Dr. Weichelt zufolge gerade im Stadtteil Gröpelingen ein besonderes Thema, da ihr Anteil hier bei rd. 80% liegt. Dem wird über die Präsenz einer türkischen Muttersprachlerin im Vorstand und einer türkischsprachigen Seite im hauseigenen Publikationsorgan „Durchblick“ Rechnung getragen.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Es liegen keine Entscheidungsbedarfe vor.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

- Reihersiedlung: Der Investor hat zwei mögliche Modelle der Ausgestaltung dieses Areals vorgestellt.
 - a.) Der Investor vermietet selbst 30 Wohneinheiten als günstigen Wohnraum (Arbeitslosenhilfe II) und tritt 20 an den Verein Wohnungshilfe ab.
 - b.) Der Verein Wohnungshilfe übernimmt alle 50 Wohneinheiten, eine Wohneinheit wird zum Büro vor Ort. Der Verein verpflichtet sich, hier keine 50 Problemfälle einzuquartieren, sondern günstigen Wohnraum an „ganz normale Menschen“ zu vermieten.

Im Grundbuch soll eingetragen werden, dass dort weiterhin Wohnen zu günstigen Preisen ermöglicht wird.

- Übergangwohnheim Gröpelinger Heerstr. 9-13:
Lösungsvorschlag seitens des OA:

- Mit Fertigstellung des Gebäudes soll eine gleichzeitige Aufgabe des ehemaligen Max Bahr/Tucholskystraße in Oslebshausen erfolgen.
- Reduzierung der Anzahl für die ersten zwei Jahre auf 200 Personen. Sodann soll abgewartet werden, wie sich die Situation entwickelt.
- Kombination mit Studentenwohnen oder Kindergarten wäre wünschenswert.
Aussagen des Staatsrates:
 - Die Kombination mit Studentischen Wohnen ist *nicht* umsetzbar.
 - Es wird geprüft, ob die Notunterkunft Tucholskystraße vollständig aufgegeben werden kann.
 - An der Unterbringung von 300 Personen im ÜWH Gröpelinger Heerstraße muss festgehalten werden, da Plätze, die gebaut werden, auch belegt werden müssen.
 - Es soll wohlwollend geprüft werden, wie die Belegung geplant ist und ob ein schrittweiser Einzug über einen gewissen Zeitraum möglich ist. Mit einem Zeitraum von 2 Jahren ist jedoch wohl nicht zu rechnen. Möglicherweise kann der Einzug in 2 Bauabschnitten geschehen.
 - Der Staatsrat betont, dass dies noch keine Zusage ist. Eine verbindliche Auskunft wird bis zur Beiratssitzung am 23.11.2016 erteilt.

Fachausschusssprecher „Inneres“:

Protokoll:

Norbert Holzapfel

Ingo Wilhelms